

23.10.2014

RESOLUTIONSANTRAG

der Abgeordneten DI Eigner, Schagerl, Waldhäusl und Naderer

zur Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Bauordnung, LT-477/B-23/2

betreffend **Reduzierung der Normvorschriften**

Es gibt mittlerweile eine Vielzahl an Normvorschriften, die z.B. als technische „Standards“ in vielen Genehmigungsverfahren, unter anderem im Bauverfahren, zu berücksichtigen sind. Beobachtungen in der Praxis zeigen, dass die Anzahl solcher Normen in den vergangenen Jahren überbordend angewachsen ist. Beim „Austrian Standards Institute“ (früher österreichisches Normungsinstitut) befassen sich derzeit mehr als 250 Normungskomitees mit rund 4.000 Fachleuten mit der Ausarbeitung neuer Normen.

Technische Normen und Richtlinien sind bereits über 100.000 vorhanden und es kommen monatlich Hunderte dazu.

Durch diese ständig wachsende Anzahl technischer Normvorschriften ist es insbesondere für die Bauwerber und die Mitarbeiter der Baubehörden nahezu unmöglich einen Überblick zu bewahren. Noch dazu sind technische Normvorschriften nicht frei zugänglich, sondern man muss sich diese um teures Geld kaufen. Beispielsweise muss man für die ÖNORM B 4707 („Bewehrungsstahl - Anforderungen, Klassifizierung und Konformitätsnachweis“) mehr als € 100,- oder für die ÖNORM B 5330-8 („Innentüren - Teil 8: Stahlzargen für Massivwände“) ca. € 75,- bezahlen, wenn man sich diese anschaffen will. Diese Normenflut zeigt ihre

Auswirkungen auch dahingehend, dass bereits mittelständische Unternehmer eigene Experten und Mitarbeiter beschäftigen, nur um einen Überblick über die gültigen Normen zu behalten.

Damit entstehen auch im Baubereich Kosten, die den Bauherren weitergegeben werden und damit das Wohnen verteuern.

Es steht außer Streit, dass technische Normvorschriften in vielen Bereichen notwendig und auch wichtig sind. Es darf aber nicht dazu führen, dass es zu einer Überregulierung kommt. Daher ist zu hinterfragen, warum sich die Anzahl der Normen immer erhöhen muss bzw. ob die mit den Normen angestrebten Ziele nicht auch mit bereits bestehenden Normen erreicht werden.

Diese Vielzahl der Normen wirkt oftmals den Bestrebungen nach Verwaltungsvereinfachung, einfacheren Verfahren und damit auch leistbaren Bauvorhaben für die Bürger, wie beispielsweise kostengünstigen Eigenheimen und Wohnungen, entgegen. Es ist daher erforderlich, dass auf Bundesebene Überlegungen angestellt werden, inwieweit das Normenwesen neu geregelt wird. Auch der Status des „Austrian Standards Institute“, welches derzeit als privatrechtlicher Verein konstituiert ist, ist zu hinterfragen. Es sollte die Devise gelten: „Normen dort, wo sie gebraucht werden, aber mit Augenmaß und nicht überregulierend.“

Die Gefertigten stellen daher folgenden

A n t r a g:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, die Bundesregierung im Sinne der Antragsbegründung aufzufordern, im Normenwesen neue Wege zu gehen, um unter anderem auch im technischen Bereich zu Verwaltungsvereinfachungen und damit verbunden zu Kosteneinsparungen im Bauwesen im Sinne des leistbaren Wohnens zu kommen.“